Gemeindevertretung: Das Verkehrskonzept steht im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung

Verkehrsaufkommen mindern

BIRKENAU. Mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer, mehr Querungshilfen und ein großes Augenmerk auf Barrierefreiheit – diese Punkte sollen bei künftigen Straßensanierungen verstärkt in die Planung Birkenaus Einzug finden. Das sind einige der Hauptergebnisse des Verkehrskonzeptes, das Fachleute nach Untersuchung der Verkehrssituation in der Kerngemeinde und den Ortsteilen zu beachten empfehlen. Bei der letzten Gemeindevertretersitzung vor der Sommerpause stellte Stefan Wammetsberger vom Ingnieurbüro für Verkehrswesen Koehler und Leutwein aus Karlsruhe die Ergebnisse des Konzeptes vor, dessen Erstellung im Zuge des integrierten kommunalen Entwicklungskonzepte (IKEK) als Startprojekt beschlossen wurde.

Mit diesem Konzept bekommen die Gemeindevertrer eine Richtschnur an die Hand, bei der sie sich bei künftigen Entscheidungen orientieren können. „Heute treffen wir keine Entscheidung über bestimmte Einzelvorhaben, sondern lediglich über die Kenntnisnahme des erstellten Konzeptes", erläuterte Volker Buser, Vorsitzender der Gemeindevertretung, der später für den Stil seiner Sitzungsleitung ausdrücklich von den Mandatsträgern gelobt wurde.

Vorschläge, um dem hohen Verkehrsaufkommen auf der Birkenauer Hauptstraße entgegenzuwirken, bildeten den Mittelpunkt der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung Birkenau. ARCHIVBILD: GUTSCHALK

Circa 7000 Fahrzeuge pro Tag

Verkehrsströme erfassen und durch Baumaßnahmen kanalisieren, mit dem Ziel, allen Verkehrsteilnehmern gerecht zu werden; ein urbanes Lebensgefühl zu ermöglichen, ohne aber die Mobilität einzuschränken – diese Spannungsfelder habe es für die Ingnieure zu berücksichtigen gegeben, sagte Wammetsberger.

Der Verkehr auf der Hauptstraße sei auf circa 7000 Fahrzeuge pro Tag gestiegen, der Anteil am Schwerlastverkehr sei mit rund drei Prozent hingegen in Birkenau relativ normal.

Ein Grund für die Entwicklung des starken Pkw-Verkehrs sei auch die überdurchschnittlich hohe Breite der Hauptstraße, die mit neun Metern drei Meter breiter sei, als sie müsste. Ein Fakt, der auf den ehemaligen Status als Bundesstraße zurückgeführt werden könne. Dieser Umstand habe zur Folge, dass im Dorfmittelpunkt häufig sehr schnell gefahren werde, Fußgänger und Fahrradfahrer zu schmale Gehwege und Schutzstreifen zur Verfügung hätten und die Straße in hohem Maße vom Autoverkehr genutzt würde.

Innerörtliche Gemeindestraße

Eine sinnvolle Maßnahme sei der Bau der innerörtlichen Gemeindestraße, der eine Halbierung um circa die Hälfte des Verkehrsaufkommens in der Obergasse zur Folge haben werde. Wenig hilfreich sei hingegen die Idee den alten Ortskern im Bereich Kreuzgasse zu einer strikten Fußgängerzone zu machen. Dies hätte eine nicht gewollte verstärkende Wirkung auf die Nutzung der Obergasse und könne dem Einzelhandel in der Kreuzgasse schaden. Das Schaffen einer Mischverkehrsfläche, einer „Spielstraße", sei die bessere Alternative.

Eine Verbesserung der Verkehrssituation wäre auch eine Verbindung von der Hornbacherstraße zur Hauptstraße, die den Bereich am Schlosspark entlasten würde. Gerade für den Bereich am Mini-Center hätten verkehrsberuhigende Maßnahmen äußerst positive Folgen für die Entwicklung des Gemeindelebens.

Was für die Gemeinde gelte, gelte auch für die Ortsteile. Zu breite Straßen, gerade an den Knotenpunkten, den Verbindungen zweier viel genutzter Straßen, zu schmale Fußgängerwege und kein geschlossenes Fahrradwegenetz – das seien die in vielen Gemeinden vorhandenen Relikte einer Verkehrspolitik, die vor Jahrzehnten vor allem dem motorisierten Individualverkehr Rechnung getragen hätte. Diesem gelte es bei künftigen Bauvorhaben entgegenzuwirken, in dem das Langsamfahren und das gegenseitige Passieren lassen durch Fahrbahnverengung durch Querungshilfen und ausgewiesenen Parkflächen provoziert werde.

Im Anschluss an den Vortrag beantwortete Wammetsberger die Fragen der Mandatsträger, die die schriftliche Ausarbeitung der Resultate zur Verfügung gestellt bekommen, um sie in künftige Diskussionen über Entscheidungen miteinfließen zu lassen. *uf*

119. UhU-Tisch: Dia-Vortrag findet am 13. Juli statt

Es geht um Biotope im Dorf

BIRKENAU. Ein Dia-Vortrag wird am Mittwoch, 13. Juli, Inhalt des 119. UhU-Tisches, unsere heimische Umwelt, in Birkenau sein. Beginn ist um 19.30 Uhr im Gasthaus „Zum Engel". Das Thema lautet „Biotope und Habitate im Dorf – Teil 2". Bis vor wenigen Jahrzehnten waren die Dörfer von kleinbäuerlichen Nutzungsweisen geprägt, die zahlreiche Lebensräume für Pflanzen und Tiere entstehen ließen. Der Dia-Vortrag will darauf aufmerksam machen, wie man mit etwas „Umdenken" dem Biotop- und Artenschwund entgegenwirken kann und somit vielen Pflanzen und Tieren wieder neuen Lebensraum schafft.

Gemeindevertretung: Mandatsträger gegen Smartphone-App

Mängel an elektronischen Briefkasten melden

BIRKENAU. Bei der Sitzung der Gemeindevertretung Birkenau wurde ein Antrag der Grünen abgelehnt, der vorsieht, eine für Smartphones geeignete Anwendung zu erwerben, mit der der Bürger schnell Mängel an die Gemeinde melden kann. Hans-Jürgen Roos (Grüne) brachte die Vorteile einer schnellen Meldung und Rückmeldung über Pobleme, wie beispielsweise beschädigte Parkbänke oder verschmutzte Kinderspielplätze an die Gemeindeverwaltung, ein. Die Vertreter der anderen Parteien sahen diese Vorteile nicht, die die Anschaffung, die mit rund 5000 Euro Instalationsgebühr und rund 200 Euro monatlichen Kosten zu Buche schlagen würde. Sie lehnten den Antrag mit drei Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen der Grünen bei 23 Nein-Stimmen ab.

Der elektronische Briefkasten der Gemeinde erfülle denselben Zweck ohne Kosten, argumentierte Bernd Brockenauer (SPD), außerdem sei diese Applikation auch im Verbund Bensheim/Lautertal und Einhausen im Einsatz und nur wenige Male genutzt worden. Martin Dittert (FDP) schloss sich dem an und führte die hohen Kosten als Argument an. Das Geld sei besser für den Ausbau der Internet-Hotspots aufgehoben, die den Bürgen auch einen Zugang zu der Internetseite in der Kerngemeinde und den Ortsteilen biete, begründete Peter Lindner das „Nein" der Freien Wähler. Bürgermeister Helmut Morr wies darauf hin, dass die gemeldeten Mängel ohnehin auf Priorität und Durchführbarkeit seitens der Verwaltung geprüft und abgearbeitet werden müssten, was ein unmittelbares Reagieren auf eine bestimmte Meldung nicht immer möglich mache.

200 000 Euro für Sanierung

Einstimmige Zustimmung erteilten die Gemeindevertreter der zur Verfügungsstellung von außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 200 000 Euro für die Sanierung einer geborstenen Wasserleitung nicht nur an der Bruchstelle, sondern von einem zum anderen Anschluss in der Hauptstraße. „Die Leitungen sind in diesem Bereich alt und wenn wir die Straße schon öffnen, wollen wir die Sanierung gleich auf einer entsprechenden Länge vornehmen," sagte Morr über die Vorgehensweise. *uf*